

Open Government

Über Transparenz, Teilhabe, Zusammenarbeit
und offene Daten

1. Jahreskonferenz des Netzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau
„Digitalisierung in der Verwaltung“
15. September

Katja Gollasch, M.A.

The Open Government Institute | TOGI

Zeppelin Universität Friedrichshafen

Ziel dieser Präsentation ist es, dass Sie am Ende....

- | ... wissen was Open Government bedeutet und um was es sich bei der Open Government Partnership handelt
- | ... praktische Beispiele von Open Government in Zeiten der Corona-Pandemie und den aktuellen Stand des Themas in Baden-Württemberg kennen
- | ... Lust haben, über Zukunftsszenarien für eine offene Verwaltung und Politik zu diskutieren! 😊



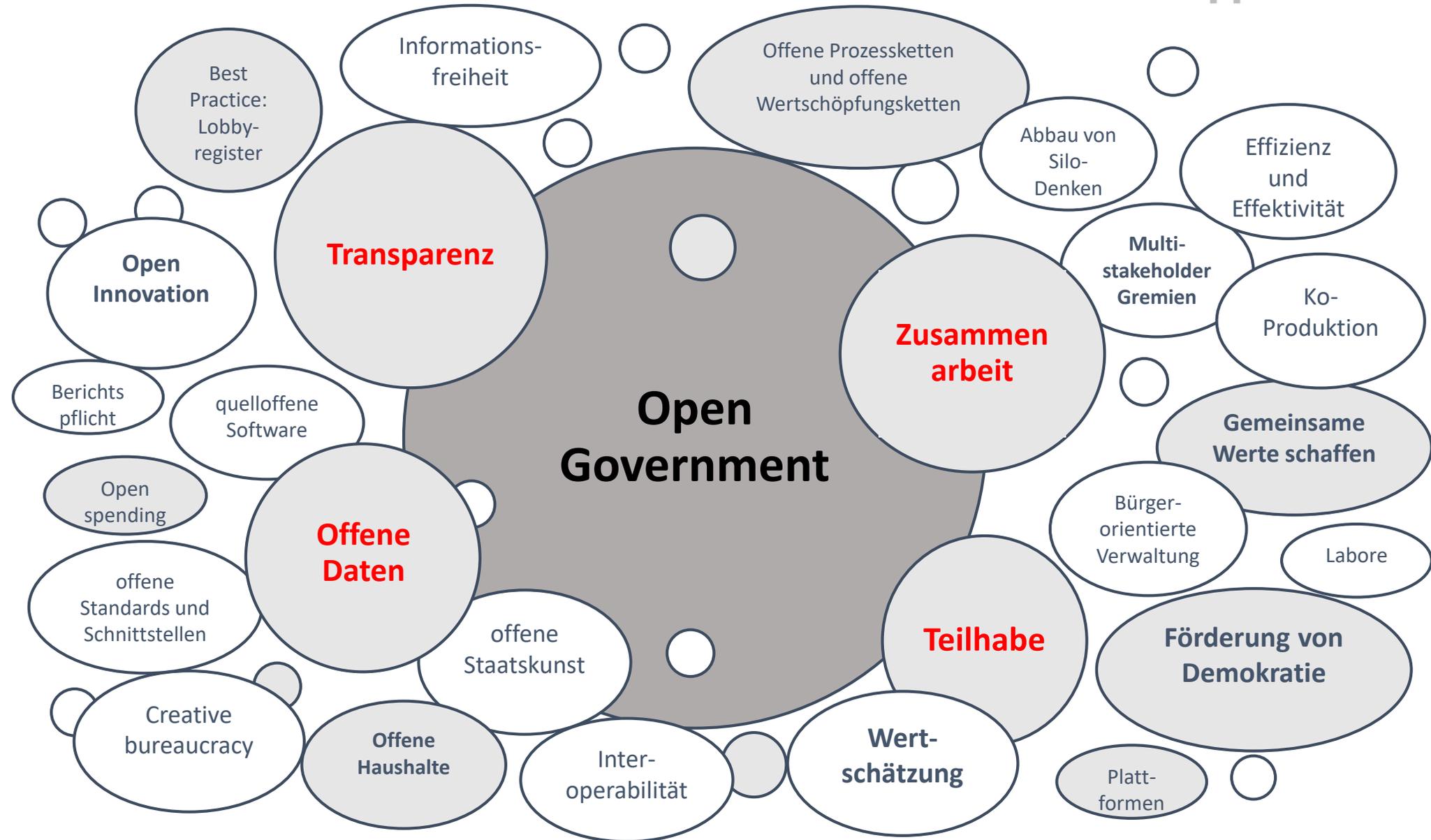
Bildquelle:
honey-yanibel-minaya-cruz-6gSyEKq4Pvg-unsplash

Agenda

- | Was bedeutet Open Government?
- | Praktische Beispiele von Open Government in der Corona-Pandemie
- | Deutschland in der Open Government Partnership und die Nationalen Aktionspläne
- | Open Government in Baden-Württemberg

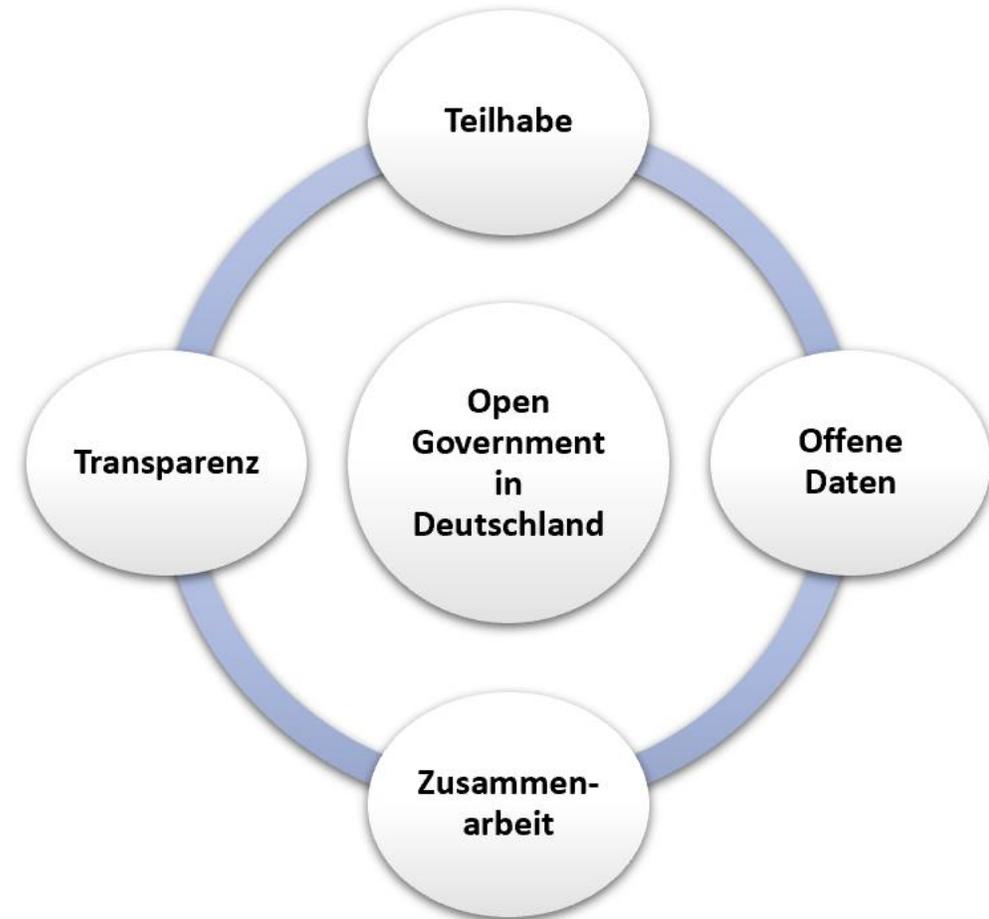
Agenda

- | Was bedeutet Open Government?
- | Praktische Beispiele von Open Government in der Corona-Pandemie
- | Deutschland in der Open Government Partnership und die Nationalen Aktionspläne
- | Open Government in Baden-Württemberg



Open Government in Deutschland

- | Kulturwandel von Politik und Verwaltung hin zu mehr **Transparenz, Teilhabe der Zivilgesellschaft** und **Zusammenarbeit** innerhalb des öffentlichen Sektors sowie mit Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft.
- | Unterstützung durch technologische Innovationen wie Informations- und Kommunikationstechnologien sowie **offene Daten**.



Bildquelle: Gollasch 2020

Transparenz

- | In Bezug auf die Transparenz von Verwaltungen wird das Recht von Bürger*innen verstanden, eine **Informationsfreigabe von Verwaltungen** und politischen Entscheidungsträgern verlangen zu können. ([Hart/Pöppelmann 2020](#))
- | Seit 2006 besteht das **Informationsfreiheitsgesetz** auf Bundesebene, seit 2016 in Baden-Württemberg.
- | **Ziel: Nachvollziehbarkeit von Regierungshandeln** gewährleisten, nicht-staatliche Akteure über politische Entscheidungen informieren und Kontrollmöglichkeit einräumen.

Offene Daten

- | **Offene Daten:** Die freie Nutzung, Weiterverbreitung und Weiterverwendung von Datenbeständen im Interesse der Gesellschaft. (von Lucke/Geiger 2010, S. 3).
- | **Offene Verwaltungsdaten** beziehen sich ausschließlich auf Datenbestände des öffentlichen Sektors und schließen Daten aus, die personenbezogen sind oder Geheimhaltungspflichten unterliegen (von Lucke 2019, S. 347).



Teilhabe

| Partizipation der Zivilgesellschaft an politischen Geschehen.

Aber: Was ist echte Beteiligung?

| Mögliches Unterscheidungsmerkmal: Hat die Beteiligung anschließend tatsächlich Auswirkungen auf die zu treffende Entscheidung? (Straßburger/Rieger 2014, S. 232 f.).

| **Ziel:** Die **Verbesserung von politischen Entscheidungen** und Maßnahmen indem das Wissen von Bürger*innen einbezogen wird sowie Förderung der Akzeptanz in der Bevölkerung für von beispielsweise Großprojekten.

Zusammenarbeit

- | Innerhalb der öffentlichen Verwaltung über alle Verwaltungsebenen hinweg
- | Intersektoral durch Kooperationen mit weiteren Akteuren
- | **Ziel: Mehr Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns durch den Abbau von „Silo-Denken“, Ko-Produktionen mit anderen Akteuren und die Nutzung von Synergien.**



Bildquelle: cj-dayrit-xX2aYSBsyKo-unsplash

Zwischenfazit: Was ist der Mehrwert von Open Government?

- | Durch den offenen Austausch zwischen den Akteuren
 - | wird das **Wissen aller Beteiligten effizienter genutzt**,
 - | kann **gemeinwohlorientierter Nutzen und Mehrwert** generiert
 - | und das **Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Verwaltung** durch die Teilhabe am politischen Geschehen gestärkt werden.
- | Die **Digitalisierung der Verwaltung** ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, insbesondere im Zusammenhang mit der Nutzung von digitalen Methoden im Bereich der **Informations- und Kommunikationsdienste** und **offenen Daten**.

Agenda

- | Was bedeutet Open Government?
- | **Praktische Beispiele von Open Government in der Corona-Pandemie**
- | Deutschland in der Open Government Partnership und die Nationalen Aktionspläne
- | Open Government in Baden-Württemberg



DER HACKATHON DER BUNDESREGIERUNG 20-22 MÄRZ 2020



Hackathon WirvsVirus

- | **Ziel:** Prototypen und Lösungsansätze für gesellschaftlich relevante Fragestellungen im Hinblick auf die Corona-Krise entwickeln
- | **28 000 Menschen** arbeiteten an **1500 Projektideen**
- | Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wird nun die weitere Entwicklung und Umsetzung von **34 Projekten** mit insgesamt rund **1,5 Mio. Euro** fördern.

Hackathon WirvsVirus

„Besonders in der aktuellen Situation kann die **Digitalisierung neue Möglichkeiten zur digitalen Partizipation** bieten. Der Hackathon kann hier ein wichtiges Signal senden. Die Veranstaltung soll aber auch grundsätzlich **ein Startpunkt** sein **für gemeinsames Engagement**, mit dem langfristig Herausforderungen als **Gesellschaft für die Gesellschaft** gelöst werden können.“

WirvsVirus



Corona-Warn-App

- | Die App hilft, **Infektionsketten schneller und umfassender zu erkennen und zu unterbrechen.**
- | Projekt der Deutsche Telekom und SAP gemeinsam mit der Fraunhofer-Gesellschaft, dem Helmholtz-Zentrum CISA und dem Robert Koch-Institut im Auftrag der Bundesregierung.
- | **Open-Source-Ansatz:** Quellcode der App, deren Dokumentation und die Infrastruktur sind frei verfügbar. Die Öffentlichkeit und die Entwickler-Community können z.B. durch das Melden von Fehlern oder Verbesserungsvorschlägen auf der Plattform Github an der Verbesserung mitwirken.
- | **Dezentrale Datenspeicherung** statt angedachte zentrale Datenspeicherung
- | Bis zum 8. September **18 Millionen Downloads** der App



Hackathon EUvsVirus

- | Vom **24. bis 26. April 2020** arbeiteten **21 000 Teilnehmer*innen** unterschiedlichster Hintergründe an Ideen zur Bekämpfung der Auswirkungen von Corona.
- | In Zusammenarbeit mit Mentorinnen und Mentoren wie auch Investorinnen und Investoren wurden **über 2 000 Lösungsvorschläge** erarbeitet.
- | Die Gewinnerlösungen wurden eingeladen, einer **COVID-Plattform des Europäischen Innovationsrates** beizutreten, die am 30. April ins Leben gerufen wurde. Diese sieht vor, Verbindungen zu Endnutzern wie Krankenhäusern zu erleichtern und Zugang zu Investoren, Stiftungen und anderen Finanzierungsmöglichkeiten aus der gesamten EU zu bieten.

Avi Schiffmann

- | [nCov2019.live](https://nCoV2019.live)
- | Eine der größten Websites zur Entwicklung der Fallzahlen des Coronavirus
- | Liefert aktuellere Zahlen als beispielsweise die WHO.



Bildquelle: <https://www.youtube.com/watch?v=7PFV51AQzml>

Kommunale Best-Practice-Beispiele in Deutschland

- | Regionale Open-Government-Labore 2020-2022
- | Mit-Mach-Stadt (Brandis)
- | Offener Haushalt (Berlin)
- | Open Data Portal (Moers)
- | Transparenzportal (Hamburg)
- | Verschwörhaus (Ulm)
- | Offene Ratsinformationssysteme - OParl (NRW)

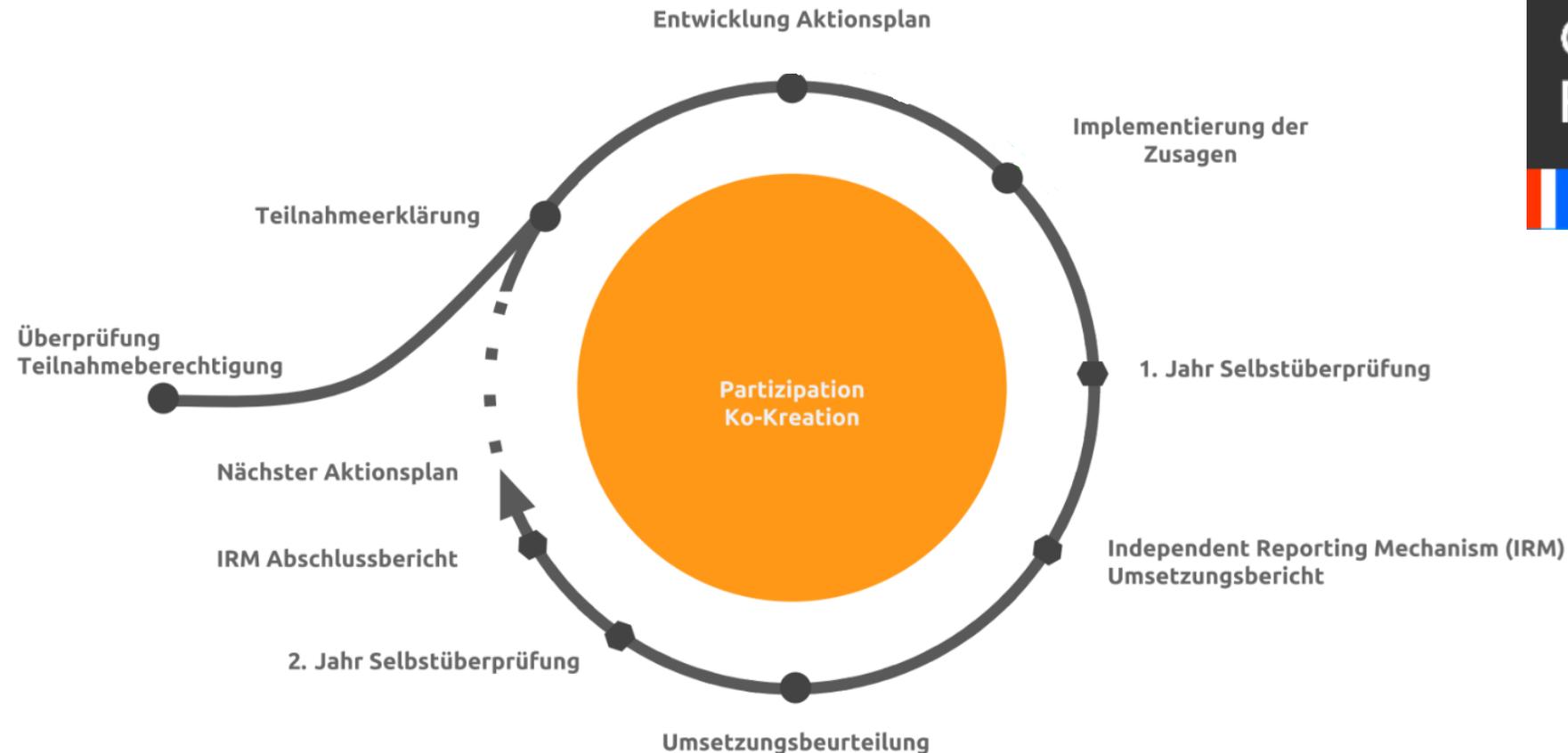
Agenda

- | Was bedeutet Open Government?
- | Praktische Beispiele von Open Government in der Corona-Pandemie
- | **Deutschland in der Open Government Partnership und die Nationalen Aktionspläne**
- | Open Government in Baden-Württemberg

Open Government Partnership (OGP)

- | **Gründung 2011** mit anfänglich acht Mitgliedsstaaten in Washington D.C.
- | Ziel: Regierungen als auch die Bürger*innen der mittlerweile 78 Mitgliedsstaaten in ihren jeweiligen **Open-Government-Vorhaben** aktiv zu unterstützen
- | Mitgliedsstaaten müssen **Nationale Aktionspläne** erstellen, die bis zu 15 Verpflichtungen enthalten, wie Open Government konkret gefördert wird
- | Die **Umsetzung der Verpflichtungen erfolgt innerhalb von 2 Jahren**, die vom unabhängigen Berichtsmechanismus der OGP überwacht wird

Zweijähriger Prozesszyklus



Deutschland in der OGP

- | Deutschland ist seit **Dezember 2016** Mitglied der OGP
- | Beschluss des **1. Nationalen Aktionsplans im August 2017**
- | Seitdem gewinnt das Thema in Deutschland zunehmend an Relevanz: **Der Koalitionsvertrag über die 19. Legislaturperiode** unterstreicht bereits die Bedeutung von Open Government in mehreren konkreten Zielen.
- | Beschluss des **2. Nationalen Aktionsplans mit föderalem Anhang im September 2019**
- | Seit Oktober 2019 ist Deutschland für drei Jahre **Mitglied im Lenkungsausschuss der OGP** und übernimmt Aufgaben im Bereich des Unterausschusses „Thematic Leadership“.

Deutschland in der OGP | Erstellung des 2. Nationalen Aktionsplans

| Wichtige Akteure

- | Das **Referat 623 „Digitaler Staat“** des Bundeskanzleramtes ist offizieller Ansprechpartner
- | Der IT-Planungsrat übernimmt ebenen-übergreifende Kommunikation zwischen Bund und Ländern
- | Das Open Government Netzwerk bündelt die die Expertise und Positionen aus der Zivilgesellschaft



Deutschland in der OGP | Erstellung des 2. Nationalen Aktionsplans

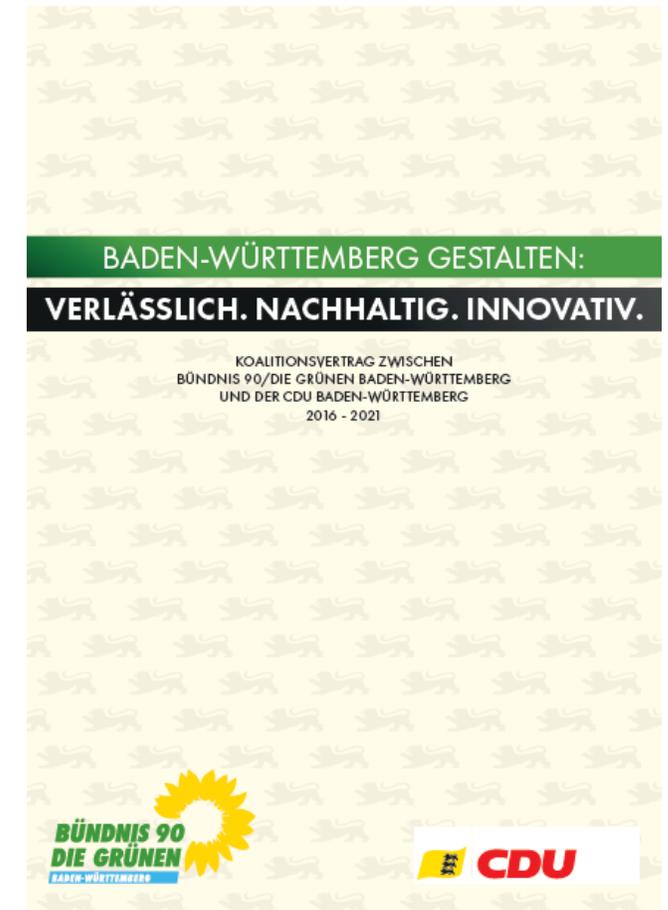
- | Im Frühjahr 2019 konnten Bürger*innen im Rahmen des Konsultationsprozesses über 10 Wochen bei **vier Präsenz-Treffen** in Berlin oder über eine **Online-Plattform** Ideen für Verpflichtungen einbringen.
- | Priorisierung von **42 Vorschlägen** und Weiterleitung an Bundesregierung. Schriftliche Einschätzung der Bundesregierung zu den Vorschlägen Ende August 2019.
- | Der **zweite Nationale Aktionsplan** umfasst **9 Verpflichtungen auf Bundesebene**, sowie **5 Verpflichtungen, die von den Bundesländern** Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein eingebracht wurden.

Agenda

- | Was bedeutet Open Government?
- | Praktische Beispiele von Open Government in der Corona-Pandemie
- | Deutschland in der Open Government Partnership und die Nationalen Aktionspläne
- | **Open Government in Baden-Württemberg**

Koalitionsvertrag Grüne/CDU 2016 - 2021

- | Bürgerbeteiligung und **bürgernahes, transparentes staatliches Handeln** weiter fördern
- | **Digitale Verwaltung 4.0:** Kontakt zwischen BürgerInnen und Behörden vereinfachen mit gleichzeitigem Schutz von personenbezogener Daten: „Wir wollen den transparenten Staat, nicht den gläsernen Bürger.“
- | Baden-Württemberg als **Vorreiter für E-Government und eine Verwaltung 4.0:** „Den mit dem Informationsfreiheitsgesetz begonnenen Weg hin zu einer **offeneren Verwaltungskultur** in Baden-Württemberg werden wir fortsetzen.“
- | **Öffentliche Daten nutzen**



Koalitionsvertrag Grüne/CDU 2016 - 2021

| **Elektronische Entbürokratisierung**

„Projektorientiertes, themen- und ressortübergreifendes Handeln anstelle des rein an Zuständigkeiten orientierten Vorgehens.“

| **Einführung der E-Akte**

| **Einführung eines öffentlich einsehbaren Lobbyregisters**, in das sich alle Interessengruppen und -personen, die von Landtag und Regierung gehört werden wollen, eintragen müssen.

| Integration der **Open-Data-Portale** von Land und Kommunen in der Bundesplattform **govdata.de**

Open Government = Offene Daten?

| Der Fokus in Baden-Württemberg liegt bisher im Bereich offene Daten

| Mobilitätsdaten im urbanen Datenraum

| Informations- und Datenmanagement

| Beispiele sind

| [Digitale Zukunftskommune@bw](#)

| [Stadt-Navi-App in Herrenberg](#)

| [Open Data Plattform der NVBW](#)

| [Städte und Gemeinden 4.0 – Future Communities](#)

| [Open Data Portal der Stadt Freiburg](#)

Kurzstudie „BW-Kommunen vs. Corona“

- | Durchgeführt von Fraunhofer IAO und Digitalakademie@bw
- | Online-Befragung von 53 Landkreisen und Kommunen zu Digitalisierungsprojekten in Coronazeiten
- | Ziel:
 - | Positive Effekte bisheriger Digitalprojekte erfassen
 - | Erkenntnisse für zukünftige Maßnahmen ableiten



Kurzstudie: BW-Kommunen vs. Corona

- | Handlungs- und Verbesserungsbedarf: Zukünftig solle noch mehr auf gemeinsam **agierende Netzwerke und Wissenstransfer** gesetzt werden.
- | Entwicklung **resilienter IT-Strukturen** sowie deren einfache Transferierbarkeit in Verwaltungsstrukturen und -prozesse.
- | Hohe Relevanz von **Open-Source-Software und offenen Verwaltungsdaten**
- | Das Handlungsfeld »**digitale Bürgerdienste**« wird von **90 Prozent der Teilnehmer*innen** mit **gestiegenem oder stark gestiegenem Handlungsbedarf** bewertet.
- | Kritisch wurde aber auch die bisherige Aufstellung der Förderlandschaft mit dem Zwang zu »Leuchttürmen« und »Rad-neu-erfinden« anstelle von **gemeinsam agierenden Netzwerken und inkrementellem Fortschritt** angemerkt.

Akteurslandschaft

| Staatsministerium:

- | Referat 31 „Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Infrastruktur, Digitalisierung, E-Government“
- | Potenziell: Stabstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

| Innenministerium:

- | Referat 52 „E-Government, Open Government, Verwaltungsmodernisierung“

| Arbeitskreis Open Government im Städtetag

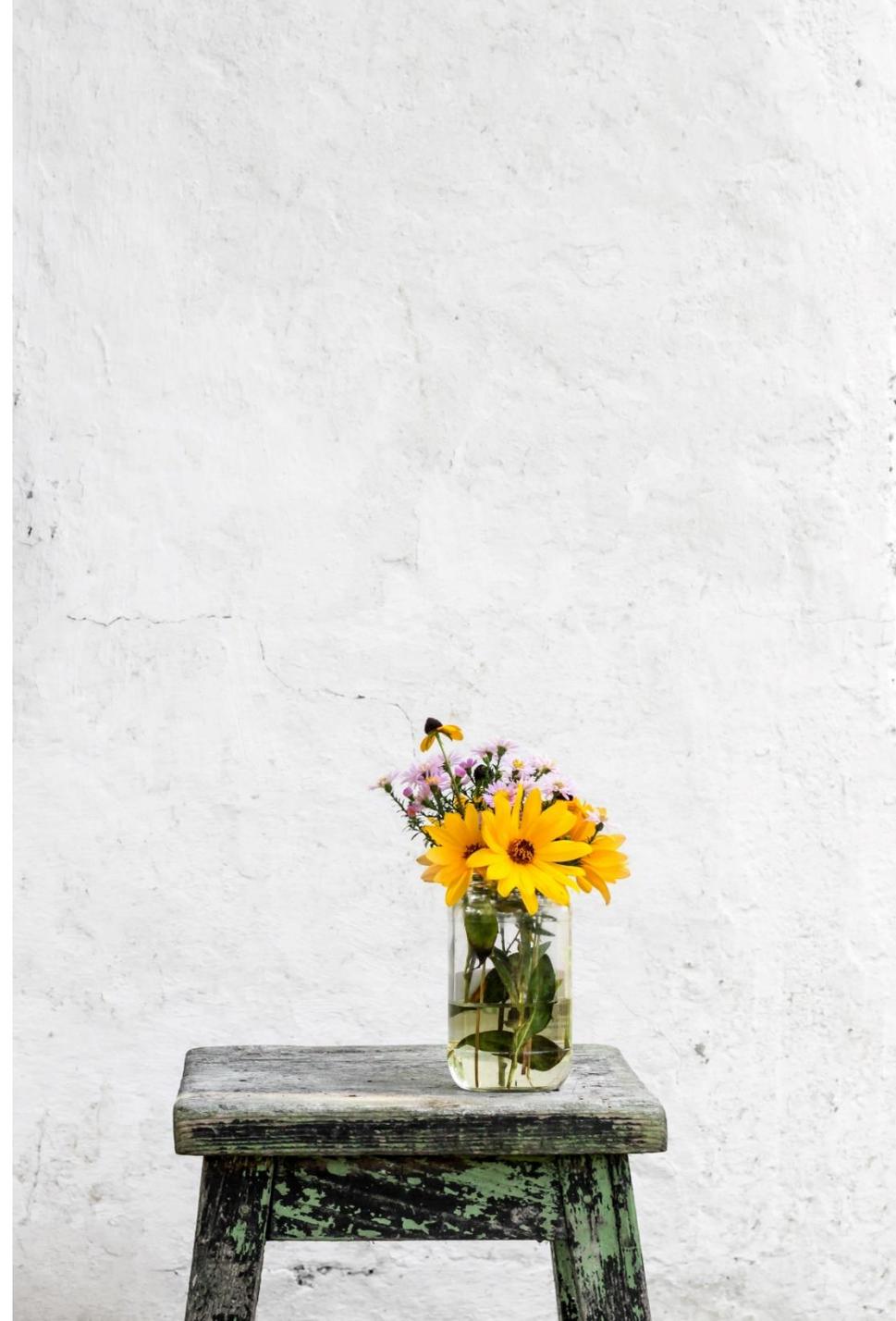
- | Hauptansprechpartner ist Ivan Aćimović, Stadt Freiburg (Ivan.Acimovic@stadt.freiburg.de)

Was braucht es für mehr Open Government in Baden-Württemberg?

- | Aus Sicht des Arbeitskreises OG gibt es zahlreiche Ansatzpunkte, die im Open Government Pakt festgehalten sind. Diese sind beispielsweise:
 - | Schaffen eines **gemeinsamen Verständnisses** von Open Government
 - | Entwicklung von ko-kreativen Open Government in Form von **regionalen OpenGov-Laboren**
 - | **Kooperation** entlang der Lebensräume über Verwaltungsgrenzen hinweg und nicht entlang von Gebietskörperschaftsgrenzen
- | Aufnahme von **Verpflichtungen aus Baden-Württemberg** in den **dritten Nationalen Aktionsplan** im Rahmen der OGP.

Vielen Dank

für Ihre Aufmerksamkeit!



Diskussionsrunde



Mögliche Fragen

- | Ihre Erfahrungen mit Open Government?
- | Was sehen Sie positiv, was kritisch?
- | Zukunftsszenarien:
Wo sehen Sie Ihren Arbeitsbereich in 10 Jahren hinsichtlich der Elemente Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit?
- | Welche Veränderungen braucht es und wie können diese realisiert werden?



Veranstungshinweis



 Landesbeauftragter für
Datenschutz und
Informationsfreiheit
Baden-Württemberg

 Freiburg

Save the Date:
Abendveranstaltung
07. Oktober 2020,
19:30 bis 21:00 Uhr,
Rathaus im
Stühlinger,
Freiburg i. B.
& im Livestream

**„Mehr Transparenz wagen!?“ –
zum Stand der Informationsfreiheit
in Freiburg i. B. und Baden-Württemberg**

Der Freiburger Oberbürgermeister **Martin Horn**
diskutiert mit **Dr. Stefan Brink**,
dem Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit,
über aktuelle Entwicklungen rund um die Themen
Transparenz, Informationsfreiheit & Open Government

Quellen

- | Bundesregierung 2019: Zweiter Nationaler Aktionsplan (NAP) 2019 – 2021 im Rahmen der Teilnahme an der Open Government Partnership (OGP), Bundesregierung, Berlin, September 2019. Online: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1667398/d3a4e7a0597be1d49dc37237a3849aca/2019-09-04-nationaler-aktionsplan-ogp-data.pdf?download=1>.
- | Bundesregierung 2019: Bewerbung um Kandidatur für einen Sitz Deutschlands im Lenkungsausschuss der Open Government Partnership, Bundesregierung, Berlin, 01. April 2019. Online: https://www.opengovpartnership.org/wp-content/uploads/2019/04/Germany_2019_Letter-of-Candidacy-for-OGP-SC.pdf
- | CDU/CSU/SPD 2018: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Christlich-soziale Union in Bayern und Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode, Berlin 2018. Online: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1.
- | Digitalakademie@bw, Fraunhofer IAO 2020: Good Practices kommunaler digitaler Anwendungen für Baden-Württemberg in der Corona-Krise, Juni 2020. Online: <https://www.iao.fraunhofer.de/images/iao-news/good-practices-kommunaler-digitaler-Anwendungen.pdf>.
- | Geiger 2018: Geiger, Christian: Open.Government - Staat. Leitbild. 2.0. vom politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess durch Open Government in Deutschland, e-publi, Berlin 2018
- | Gollasch, Katja 2020: Deutschland in der Open Government Partnership. Eine Analyse des zweiten Nationalen Aktionsplans und Ableitung von Handlungsempfehlungen für seine erfolgreiche Umsetzung. Berlin: epubli. TOGI Schriftenreihe, Band 22, Von Lucke, Jörn (Hrsg.). Online: <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TOGI-200430-TOGI-Band-22-Gollasch-Deutschland-in-der-Open-Government-Partnership-V1.pdf>.
- | Hart/Pöppelmann 2020: Hart, Thomas und Pöppelmann, Benno H.: Informations-freiheit: Das Recht, zu wissen, Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit, Berlin 2020. Online: <https://www.dgif.de/index.php?id=64>

Quellen

- | IT-Planungsrat 2018: Vorschlag zur Einbindung der Länder und Kommunen in den nationalen OGP-Prozess, IT-Planungsrat, Berlin 2018. Online: https://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Entscheidungen/25_Sitzung/21_I_OGP.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- | Klein 2001: Klein, Ansgar: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Springer, Wiesbaden 2001.
- | von Lucke/Geiger 2010: von Lucke, Jörn und Geiger, Christian: Open Government Data – Frei verfügbare Daten des öffentlichen Sektors. Gutachten für die Deutsche Telekom AG zur T-City Friedrichshafen, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen, 03. Dezember 2010. Online: <https://www.zu.de/institute/togi/assets/pdf/TICC-101203-OpenGovernmentData-V1.pdf>.
- | von Lucke 2012: von Lucke, Jörn: Open Government Collaboration – Offene Formen der Zusammenarbeit beim Regieren und Verwalten, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen, 25. Oktober 2012. Online: <https://www.zu.de/info-de/institute/togi/assets/pdf/JvL-121025-OpenGovernmentCollaboration-V1.pdf>.
- | von Lucke 2019: von Lucke, Jörn: Spannende Gestaltungsperspektiven durch offene Verwaltungsdaten, in: Hahn, Kornelia und Winter, Rainer (Hrsg.): Die Zukunft der 111 Datenökonomie. Zwischen Geschäftsmodell, Kollektivgut und Verbraucherschutz, Springer, Wiesbaden, S. 343-365.
- | OGP 2019: Open Government Partnership: OGP Handbook Rules and Guidance for Participants, OGP, Washington D.C. 2019. Online: https://www.opengovpartnership.org/wp-content/uploads/2019/03/OGP_Handbook-Rules-Guidance-for-Participants_20190313.pdf.
- | Straßburger/Rieger 2014: Straßburger, Gaby und Rieger, Judith: Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, Beltz Juventa, Weinheim 2014.

Katja Gollasch, M.A. Akademische Mitarbeiterin

Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik
The Open Government Institute | TOGI

Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH
Am Seemooser Horn 20
88045 Friedrichshafen, Deutschland
Tel: +49 7541 6009-1474
Katja.gollasch@zu.de
<http://togi.zu.de>

Sitz der Gesellschaft Friedrichshafen | Bodensee
Amtsgericht Ulm HRB 632002
Geschäftsführung Prof Dr Klaus Mühlhahn
Matthias Schmolz